

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

auf Annahme einer EntschlieÙung

Resolution gegen Extremismus – für Demokratie und Rechtsstaat

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Feuerwehr und anderen Rettungsdiensten. Das Abgeordnetenhaus verurteilt jegliche Art von Angriffen auf die Menschen, die uns schützen. Das Abgeordnetenhaus sagt jeder Art von Extremismus den Kampf an – unabhängig davon, ob dieser Extremismus sich aus einer politisch rechten, einer politisch linken, einer religiösen oder einer anderen Geisteshaltung speist. Das Abgeordnetenhaus bekundet seinen festen Willen, die Sicherheitsbehörden und Rettungsdienste personell und sachlich angemessen auszustatten, so dass sie jederzeit ihren unschätzbaren Dienst für unser aller Sicherheit leisten können.

Begründung:

Der feige Anschlag von Linksextremisten auf den Privat-Pkw einer Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai dieses Jahres ist ein Angriff auf uns alle. Das Bekennerschreiben, das auf einer linksextremen Internetseite einsehbar ist, entlarvt einen Abgrund an Menschenfeindlichkeit und Demokratieverachtung. Das Problem des gewaltbereiten Extremismus weist weit über diesen aktuellen Fall hinaus. Immer wieder werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Feuerwehr und anderen Rettungsdiensten Opfer tätlicher Angriffe. Berlin muss sich Hass und Gewalt geschlossen und konsequent entgegenstellen. Gewalt darf in einer Demokratie niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein, und zwar völlig unabhängig davon, unter welchem Deckmantel einer

politischen Ausrichtung diese Gewalt ausgeübt wird. Wer Gewalt zur Erreichung politischer Ziele einsetzt, handelt terroristisch und muss mit der vollen Härte des Rechtsstaates bekämpft werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Feuerwehr und anderen Rettungsdiensten verdienen Respekt, Anerkennung und Wertschätzung.

Berlin, 30. Mai 2022

Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Czaja
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der FDP